

Nur Solidarität kann der Weg Europas aus der Krise sein

BEITRAG

von

ULRIKE HILLER, AXEL SCHÄFER UND BABETTE WINTER

Seit den Gründungsakten der Europäischen Union vor 70 Jahren am 9. Mai 1950 (Schuman-Plan, IGKS) gab es keine globale Krisensituation, die vergleichbar wäre mit der jetzigen im Zuge der Corona-Pandemie. Es gab viele Herausforderungen und Konflikte, doch diese komplexe Bedrohung binnen kürzester Zeit für die gesamte Weltbevölkerung ist in jeder Hinsicht bisher einmalig. Nun wird sich zeigen, welche politische Struktur am handlungsfähigsten ist und ob die Europäische Union als Staatenverbund daraus eine neue solidarische Kraft ziehen wird!

Schon häufig ist es der EU gelungen, aus Krisen gestärkt hervorzugehen, mit vertiefter Zusammenarbeit – obwohl ihr naher Untergang prophezeit wurde. Auch jetzt kann „Mehr Europa“ eine Chance sein, indem Solidarität zwischen den Staaten und ihren Menschen wirklich entsteht und erlebt wird. Autokratische und nationalistische Strömungen könnten dadurch verlieren. Nach aller Dramatik am Anfang der Pandemie beginnen jetzt sowohl wichtige Schritte in eine „neue Normalität“ als auch der Verteilungskampf über den Umgang mit den wirtschaftlichen, sozialen und fiskalischen Folgen in der EU. Der Ausbruch der Corona-Infektionen bewegte die Staaten Europas binnen weniger Wochen, ja Tage, zu nationalstaatlichen Maßnahmen ohne nennenswerte oder sichtbare Abstimmung mit den europäischen Nachbarn. Gemeinsames solidarisches Handeln und ein gemeinsames Krisenmanagement auf EU-Ebene waren – zumindest öffentlich – nicht erkennbar. Grenzen wurden geschlossen – was getrost als Menetekel aufgefasst werden darf, ist doch der Schengenraum, die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ohne Grenzkontrollen, eine DER Errungenschaften der Europäischen Union! Leben wir nur mit einer dünnen Firnis der in vielen Europareden so gepriesenen Gemeinschaft? Es besteht die Gefahr, dass das europäische Einigungswerk, basierend auf einer Werte- und Rechtsgemeinschaft im transnationalen Verbund, nachhaltigen Schaden nimmt durch mangelnde Zusammenarbeit, Wiederaufflammen von (Vor-)Urteilen und Misstrauen über europäische Nachbarn und durch ein Primat des Nationalstaatlichen Handelns. Und dies vor dem Hintergrund, dass die vorherigen

Erschütterungen in der EU, die Finanzkrise und die Migration bis heute nicht final gelöst und überwunden sind.

Wieder einmal wird die europäische Solidarität auf der einen Seite verbal eingefordert, auf der anderen Seite wenig gelebt, oder zumindest für die Öffentlichkeit nicht sichtbar. „Der Zorn vieler Europäer richtet sich (...) gegen einen Mangel an politischer Führung“, so Henrik Enderlein im SPIEGEL am 14.04.2020. Dagegen steht jedoch die Aussage eines Insiders: Wolfgang Schmidt, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, berichtet in einem Hamburger Podcast über die frühzeitig einsetzende interne Zusammenarbeit auch bei den Euro-Ländern. Hier zeigt sich eines der Probleme: Die Diskrepanz zwischen der internen Zusammenarbeit von Behörden und Ministerien in der EU und wie dies öffentlich kommuniziert wird.

Auch war in der ersten Phase der Pandemie, des sogenannten „Hammers“, wie Albrecht von Lucke im „Freitag“ die Phasen des Pandemiegeschehens beschreibt, überall in der EU unter der Bevölkerung lokal und regional eine große Solidarität und Gleichheit erkennbar, da alle „hammerhart“ (so Lucke) gleichzeitig von Maßnahmen betroffen waren. Die längerfristigen Auswirkungen zeigten individuell wie auch national große Ungleichheiten in Wohn-, Arbeits- und familiärer Situation, besonders deutlich wurde aber auch die ungleiche Situation des Gesundheitswesens in den verschiedenen EU-Staaten. Ja, Gesundheitsschutz ist in der EU in erster Linie nationale Zuständigkeit. Die Europäischen Verträge geben da bislang nur sehr wenige Handlungsoptionen für die Institutionen der EU.

Koordinierung und gemeinsames Handeln erforderlich

Fakt ist, dass jede Tierseuche mehr koordinierte EU hervorruft als eine Pandemie, die die Menschen erreicht. Auch wenn sich die Analogie in einigen Teilen verbietet sei doch der Hinweis erlaubt, dass erst durch die Rinderseuche BSE eine umfassende Europäisierung der Tierseuchenbekämpfung stattfand. Das Ergebnis ist ein besserer Verbraucherschutz und weniger Tierseuchen bei weiterhin nationaler Zuständigkeit im Vollzug.

Im Bereich des Katastrophenschutzes wird seit einiger Zeit ein EU-weiter Pool an Hilfskräften und technischem Gerät diskutiert und vorbereitet. Unter Beibehaltung der nationalen Zuständigkeit sollen schnelle Hilfen zwischen den Mitgliedstaaten so ermöglicht werden. Können diese beiden Beispiele auch für den Umgang mit Pandemien in der EU in die Zukunft weisen?

Neben dem praktischen Effekt von z. B. technischer Hilfe bietet dies auch die Chance, dass die Menschen in Europa praktische Solidarität grenzüberschreitend erleben. Durch beispielsweise deutsches medizinisches Personal in Italien oder spanische Feuerwehrleute mit Löschflugzeugen beim Löschen von Waldbränden in Brandenburg, entsteht ein Sinnbild für echtes Zusammenstehen in Europa und würde dies von Menschen intensiver wahrgenommen als jede politische Solidaritätsadresse. Die EU als

Gemeinschaft lebt nur, wenn sie auch unter den Menschen erlebt und erfahren wird. Zukünftig muss - auch in Pandemielagen - grenzüberschreitend gedacht, geplant und gearbeitet werden!

Noch mehr gilt dies bezüglich der wirtschaftlichen Folgen. Nach allen bisherigen Prognosen wird der Lockdown einen in Nachkriegszeiten nie da gewesenen wirtschaftlichen Einbruch mit Arbeitsplatzverlusten, Steuerausfällen und Firmeninsolvenzen zur Folge haben. Die Frühjahrsprognose 2020 der Europäischen Kommission erwartet eine Rezession von durchschnittlich 7,5% in diesem Jahr.

Wenn es Konsens ist, dass der gemeinsame Binnenmarkt als gemeinsamer Wirtschaftsraum das Rückgrat der EU ist, dann müssen in Folge auch transnationale, europäische Hilfen, für die am stärksten betroffenen Staaten fließen. In einem ersten Schritt ist es den Finanzministern im Rat (ECOFIN) gelungen, ein nie da gewesenes Hilfspaket von 500 Mrd. Euro zu schnüren. Es ist jedoch sichtbar, dass in der medialen und politischen Rhetorik die Umverteilung von Mitteln in der EU vom Stärkeren zu den Schwächeren und insbesondere „Corona-Bonds“ als „Vergemeinschaftung von Schulden“ verunglimpft wird. Hingegen stellt man den Wert, den eine Stabilisierung von stark gebeutelten Staaten innerhalb der Währungsunion und des Binnenmarktes für die Exportnation Deutschland bringt, hinten.

Das Signal Deutschlands ist entscheidend. Wir sollten es klar sagen: Es wird nicht ohne Transfers gehen. Stabilität und die Chance auf gleiche Lebensverhältnisse, auf ein Miteinander auf Augenhöhe in der EU ist das Ziel und damit im Wortsinne Geld wert. Die EU-Politik und die nationale Politik müssen dies klar und überzeugend an die Menschen im Land kommunizieren.

Für ein soziales und solidarisches Europa

Noch einen Blick über die europäischen Grenzen und für eine globale, internationale Solidarität: Die Geberkonferenz war global ein wichtiges Zeichen. Bezeichnend war jedoch auch, dass sich die USA und Russland nicht daran beteiligt haben. Die Entwicklungsorganisation ONE warnte vor den Folgen, die eine weltweit zeitversetzte Einführung eines Covid-19-Impfstoffs hätte. „Leider haben Entwicklungsländer in der Regel erst sieben Jahre später Zugang zu neu entwickelten Impfstoffen und Medikamenten“, erklärte Deutschland-Direktor Stephan Exo-Kreischer. Das würde eine effektive Bekämpfung der Covid-19-Pandemie unmöglich machen. Deutschland solle einem „Patentpool“ beitreten und andere Staaten dazu auffordern, dies auch zu tun. Dieser Pool würde es ermöglichen, große Mengen von Covid-19-Medikamenten und Impfstoffen zu einem erschwinglichen Preis herzustellen. Die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico International äußerte sich ähnlich.

Die wirtschaftlichen – und damit auch sozialen – Folgen der Pandemie sind in Umfang und Schärfe noch nicht kalkulierbar. Europa kann, Europa muss jetzt gemeinsam die Folgen bewältigen. Jetzt beginnt „das große Hauen und Stechen, der harte Clash der

Individualinteressen“ wie Lucke im April prognostizierte. Jetzt wird sich nicht nur im deutschen Föderalismus, sondern auch in Europa zeigen, wie solidarisch und koordiniert wir die Auswirkungen bewältigen! Und auch, wie die EU reagiert auf die Tatsache, dass einzelne Mitgliedstaaten sogar diese Krisensituation nutzten, um demokratische Grundlagen stärker auszuhöhlen und den „Notstand“ für ihre autokratischen Individualinteressen zu benutzen.

Die EU, insbesondere in Form ihrer Institutionen Kommission, Rat, Parlament, müssen es jetzt schaffen, echtes gemeinsames Handeln den Bürgern sichtbar zu machen – bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen ebenso wie bei der weiterhin ungelösten Migrationsfrage. Sonst bleiben bestenfalls die Akzeptanz und Zustimmung zum Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten. Das nationalstaatliche Denken und Handeln in diesen Wochen bergen die Gefahr, dass die Zustimmung der Menschen zu eben dieser EU deutlich absackt. Erste Umfragen in Europa scheinen das zu bestätigen.

Das Europa der Solidarität, der gleichen Lebenschancen, des Miteinanders auf Augenhöhe ist sozialdemokratischer Gencode. Der Koalitionspartner SPD legte im Europakapitel des Koalitionsvertrags die Grundsätze deutscher EU-Politik maßgeblich fest. Olaf Scholz hat zuletzt einen eindeutigen sozialdemokratischen Kurs für die EU als Weg aus der „größten Bewährungsprobe ihrer Geschichte“ formuliert. Dabei gehe es sowohl um Finanzhilfen, aber auch um das Momentum der Krise, das es in gemeinsamen Fortschritt umzuwandeln gilt. Im Bundestag betonte er am 14. Mai, „es (ist) notwendig, dass wir europäische Solidarität praktizieren und auf den Weg bringen“.

Ein Quantensprung in der europäischen Einigung

Der deutsche Finanzminister hat maßgeblichen Anteil an der Gestaltung des deutsch-französischen Vorschlags über Haushaltsmaßnahmen mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro. Diese sollen in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen an die Mitgliedstaaten fließen. Die Mittel sind ausschließlich zur Abfederung der ökonomischen Folgen der Corona-Krise zu verwenden. Das deutsch-französische Modell wäre ein europapolitischer Paradigmenwechsel, da erstmals die Verschuldung der EU über den gemeinsamen Haushalt vorgesehen wird.

Der jetzt als „Merkel-Macron-Initiative“ diskutierte Weg trägt die lange vermisste sozialdemokratische Handschrift und wird entscheidend sein für die Verständigung auf ein gesamteuropäisches Vorgehen. Darüber hinaus hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen eigenen Plan für die Stabilisierung nach in und nach der Corona-Pandemie vorgelegt, der mit der Höhe von 750 Milliarden Euro die zuvor unterbreitete deutsch-französische Initiative deutlich übersteigt. Damit würde der gesamteuropäische Haushalt das Volumen verdoppeln: statt 1,02% beliefen er sich auf 2%. Dies wäre ein Quantensprung in der europäischen Einigung und enthielte eine Marge, die in den jahrzehntelangen Haushaltsverhandlungen zwischen EP und Rat noch unvorstellbar schien. Die Verwendung der Mittel müsste an Kriterien der Nachhaltigkeit – ökonomisch,

ökologisch und sozial – gebunden sein. Denn die anderen Herausforderungen der Zukunft schlafen nicht.

Die Reaktionen der so genannten „Sparsamen Vier“ zeigen, wie wichtig das Bekenntnis zu Solidarität in Europa als Gemeinschaft – jetzt mehr denn je – ist. Die Kritiker aus Österreich (schwarz-grün), Schweden (rot-grün), Niederlande (schwarz-gelb) und Dänemark (Minderheitsregierung) ziehen sich über Länder- und Parteiengrenzen hinweg. Dies ist Chance und Herausforderung zu gleich. Wir stehen an einer entscheidenden Weiche, die wir für die gemeinsame europäische Zukunft stellen müssen.

Die deutsche Ratspräsidentschaft, die im Juli 2020 beginnt, steht nun mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen vor einer wahrlichen Herkulesaufgabe. Wenn wir es richtig, und das heißt progressiv, pro-europäisch anfassen, kann diese Herausforderung zur Chance für Europa gewendet werden. Der Aufruf von Gerhard Schröder und anderen bringt es auf den Punkt: „Deutschland hat politisch und wirtschaftlich unglaublich durch die Einigung Europas gewonnen. Es muss jetzt vor allem seinen Beitrag zur Überwindung dieser schweren Krise leisten. Jetzt ist die Zeit für uneingeschränkte europäische Solidarität“ (Handelsblatt, 22.04.2020).

Oft ist die EU aus Krisen gestärkt hervorgegangen. Neue, gemeinsame Wege wurden nach zähem Ringen gefunden. Klar ist, Solidarität ist eine Investition – in die Stabilität von Gesellschaft und Wirtschaft und damit eine Friedenssichernde Maßnahme. Nicht weniger als das. Robert Schuman sagte vor 70 Jahren in seiner „Europa-Rede“ am 9. Mai 1950 Folgendes: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“

Staatsrätin a. D. Ulrike Hiller (SPD) war von 2012 - 2019 Bevollmächtigte für Bundes- und Europaangelegenheiten der Freien Hansestadt Bremen sowie Mitglied und Vorsitzende der Deutschen Delegation des Ausschusses der Regionen (ADR) in der EU. Seit Sommer 2019 Mitglied im Bundesvorstand der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD).

Axel Schäfer MdB (SPD) ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags, von 1994-1999 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

Staatssekretärin a. D. Dr. Babette Winter (SPD) war von 2014 bis März 2020 Staatssekretärin für Kultur und Europa des Freistaats Thüringen und bis 2018 Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU. Von Januar bis Juni 2019 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments.